

The background of the page is an abstract, artistic composition. It features several overlapping, concentric circular patterns. The colors are primarily warm, including shades of orange, yellow, and red, interspersed with cooler tones of purple and magenta. The overall effect is a textured, layered appearance, reminiscent of a cross-section of wood or a microscopic view of a mineral. The circles are not perfectly uniform, giving it a hand-drawn or organic feel.

Tag der Zukunft – Steuern 2.0
Gedankenstützen zum Dialog

Copyright 2006 by Christian Gerig

Vision und Konzept

Rolf Fässler, Robert Mähr und Christian Gerig verfolgen mit FIXUS die Vision, das heutige Steuersystem radikal zu erneuern. Politisch unabhängig wird von der Gruppe ein Prototyp eines Steuersystems vorgeschlagen. Dieser Prototyp wird laufend in einem öffentlichen Diskurs weiterentwickelt. FIXUS dokumentiert diesen Dialog und koordiniert den öffentlichen mit dem technischen Diskurs.

FIXUS prägt und gestaltet den Markenauftritt für eine mutige gesellschaftliche Erneuerungen. Kantonale und nationale Gesetze und Grenzen sind keine Hindernisse für Optimierungsspielräume.

Das neue Steuersystem ist eine Kombination aus Flat Tax, Quellensteuer und Profilsteuer für die Einkommensbesteuerung natürlicher Personen.

Einkommen aus Lohn, Liegenschaften und Kapital wird direkt an der **Quelle** erhoben und der Steueranteil weitergeleitet an eine zentrale Steuerfabrik. Für den Kunden entfällt das mühsame Ausfüllen einer Steuererklärung. Ineffiziente Doppelerhebungen von Daten entfallen. Unsicherheiten über die zu leistende Steuerlast entfallen, weil die Steuern jeweils am Monatsende direkt vom Bruttoeinkommen abgezogen werden.

→ Im neuen Steuersystem wird ein fundamentaler Systemwechsel vollzogen.

Heute erzielt der Steuerzahler Einkommen etwa aus Lohnarbeit. Am Ende des Jahres deklariert er gegenüber der Steuerbehörde dieses Bruttoeinkommen und kann davon dann eine Vielzahl von Abzügen geltend machen – sofern er über das Wissen, die Optimierungsstrategien und entsprechende Vorfinanzierungen verfügt. Das steuerbare Nettoeinkommen (= Konsumwert) ist während der Lohnarbeit und damit während einem Grossteil der Konsumphase unbekannt.

FIXUS definiert für jeden Kunden ein Steuerprofil. Dieses hängt ab von ca. 5 Parametern, welche nicht vom Kunden aktiv beeinflusst werden können. Beispiele für FIXUS-Parameter sind das Alter des Kunden und dessen Kinderzahl. Das Profil wird automatisch von der Steuerfabrik monatliche bestimmt und dem Kunden transparent verfügbar gemacht.

→ Das Profil spiegelt die Rahmenbedingungen rsp. die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers.

FIXUS bekennt sich zum Steuerwettbewerb. Der Steuerfuss wird von jeder politischen Gemeinde bestimmt und der Steuerfabrik bekannt gegeben. Der Steuerzahler kann mittels einer einfachen Formel seine Steuerlast für eine bestimmte Gemeinde bestimmen:

$$\text{Steuerlast} = \text{Einkommen} \times \text{Steuerfuss} \times \text{Profilsatz}$$

Aus dem Profil ergibt sich im optimalen Fall eine Entlastung von 100%. Die Steuerlast wäre in diesem Extremfall 0.



Die Umsetzung

→ FIXUS verfolgt den Dialog mit der Öffentlichkeit auf zwei Ebenen.

Ebene 1: öffentlicher Diskurs über die Bedürfnisse und Visionen der Kunden.

Aus der 1. Ebene ergibt sich der Auftrag und die Inhalte für die 2. Ebene

Ebene 2: technischer Diskurs über die Schnittstellen und die Datenverarbeitung für die neue Profil-Quellen-Steuer.

→ FIXUS dokumentiert beide Diskurse und wirbt aktiv um eine breite Basis für den Dialog.

Assets von FIXUS

- Vision und Konzept Steuern 2.0
- Prototyp eines Steuersimulators
- Businessplan bis 2011
- First Mover Advantage durch Präsentation von Fixus am 3. Februar 2006

Ziele von FIXUS

- Eskalation der Steuerdiskussion – „Es soll sich etwas bewegen“
- Aktive Erschließung und Gestaltung von neuen „Kreativen Räumen“ im Rahmen der eskalierenden Steuerdiskussion und parteipolitischen Pattsituation.
- Glaubwürdige aber stets schnelle und radikale Aktionen für eine Umsetzung von „Steuern 2.0“
- Erstklassige und transparente Kooperation mit Öffentlichkeitsherstellern.
- Kooperation mit einem strategischen Entwicklungspartner.



Literaturangebot

Dieter Althaus , Thüringer Ministerpräsidenten

Das Steuersystem der Zukunft, 27.10.2004, Erfurt

Markus Schneider, Autor von *Weissbuch 2004*

Fixus - Keine neue Warze an ein Krebsgeschwür

Warum die Flat Tax sozial ist, 31.08.2005, Die Welt

weitere Artikel unter: www.markusschneider.ch

Schwedisches Institut, Autor von *Weissbuch 2004*

Tatsachen über Schwede – Die Steuern in Schweden, Dez. 2001, Stockholm

Verantwortlich für den Dialog

Christian Gerig, lic. oec. HSG
Museumstrasse 29
CH-9000 St.Gallen

Skype: pioneer4taxes
e-mail: info@fixus.ch
Telefon: +41 (0)71 534 01 24
Handy: +41 (0)79 218 84 61

www.fixus.ch



Das Manifest, Markus Schneider

01.08.2004, Bilanz

Alle zahlen gleich wenig Steuern: 18 Prozent. Und jedes Kind kriegt 5000 Franken vom Staat, jeder Erwerbstätige ebenfalls. Das ist keine Utopie, sondern ein ernst gemeinter Vorschlag zur Reform der Schweiz.

Achtung! Dies hier ist Werbung. Werbung für ein neues politisches Produkt, das einen englischen Namen trägt und Flat Tax heisst, was kein guter Name sei, wie viele Leute sagen, die das Wort zum ersten Mal hören. Dabei passt Flat Tax exzellent. Kurz und bündig, sieben Buchstaben, zwei Worte. Auf deutsch liesse sich das nicht übersetzen, sonst müsste man Steuer sagen, ein Wort, das Assoziationen weckt, die es unbedingt zu vermeiden gilt. Nichts ist so unsexy wie das Thema Steuern, nichts so undurchsichtig, so undurchschaubar.

Genau! Dies ist bereits die erste Botschaft. Das Alte muss schlecht gemacht werden, denn hier wird für das Neue geworben. So funktioniert Werbung. Freilich ist es in diesem Fall derart kinderleicht, sich über das bisherige Steuersystem lustig zu machen, dass das hoffentlich allen Erwachsenen zu denken gibt. Wie kann ein System, das in erster Linie unendlich kompliziert ist, auch vernünftig sein? Effizient? Oder gerecht?

Klar, Steuern zahlt niemand gern, aber darum geht es erst am Schluss. Vorher ärgern sich die Leute, wie mühsam schon das Deklarieren ist. Dass man gezwungen wird, sich mit Formularen, Belegen, Gesetzen, Treuhändern, Tricks und Tipps und all dem Kram auseinander zu setzen, der offiziell «Wegleitung» genannt wird, bis man endlich in der Lage ist, das dicke Couvert mit allen Beilagen abzuschicken, worauf sich der Staat zunächst Zeit lässt. Nach einigen Monaten flattert eine Rechnung in Franken und Rappen ins Haus, zuerst provisorisch, bis sie irgendwann korrigiert und für definitiv erklärt wird, zu einem Zeitpunkt, an dem man mindestens ein weiteres dickes Couvert zur Deklaration abgeschickt hat. Der alljährliche Staatsterror.

Dies ist der Moment für die erste Pointe, die inzwischen hoffentlich schon so bekannt ist, dass sie als Pointe nicht mehr richtig funktioniert: Mit der Flat Tax fände die Steuererklärung auf einer Postkarte Platz. Oder «auf einem Bierdeckel», wie es ein Hotelier aus Brig volksnah übersetzt.

Schweizer Politiker tasten sich langsam, aber sicher ans Thema heran. «Bürokratie halbieren», versuchte die CVP im Herbst 2003 auf eidgenössischen Wahlkampf zu machen. «Mit der CVP wird die Steuererklärung in einer Stunde möglich». Der Slogan haute nicht wirklich hin, aber das lag daran, dass ihn die CVP nicht wirklich verkauft hat. Inzwischen sucht auch die FDP nach neuen Inhalten, um künftig etwas attraktiver zu sein. Was ist den Radikalen unter dem Titel «Avenir Radical» eingefallen? «Einfach steuern» lautet eine ihrer Top-ten-Forderungen. «Die FDP fordert eine radikale Vereinfachung des Steuersystems in der Schweiz.»

Die FDP meint das womöglich sogar ernst. Nachdem sie am 16. Mai die Abstimmung über das Steuerpaket grandios verloren hatte - womit das heutige Steuersystem übrigens noch komplizierter und ungerechter geworden wäre -, nach dieser Schlappe also redete FDP-Präsident Rolf Schweizer gegenüber der linken WoZ erstmals Klartext: «Die Vorstellung, dass man die Steuererklärung in zehn Minuten ausfüllen kann, hat politischen Charme.»

Gegenüber der rechten NZZ redete ein anderer Klartext, der in dieser Frage hoffentlich zur entscheidenden Figur wird: Hans-Rudolf Merz, unser neuer oberster Säckelmeister, freisinnig auch er. Der möchte «längerfristig noch ganz andere Reformen studieren», nannte namentlich die Flat Tax und ergänzte sibyllinisch: «Es gibt ein internes Arbeitspapier.»

Die Flat Tax ist keine Utopie. Eine ganze Reihe von Ländern haben sie eingeführt, trotz dem englischen Namen. In Russland und der Ukraine zahlen alle Leute 13 Prozent Steuern, in Estland und Lettland alle 24 oder 25 Prozent, in der Slowakei zahlen ab diesem Jahr alle Leute und alle Unternehmen 19 Prozent Steuern. Im neuen Osten sind die Steuern tatsächlich flach - englisch: flat -, und davon begeistert sind nicht nur die westlichen Investoren, sondern auch einheimische. «Wir starteten bei null. Wir mussten die Ökonomie, die Demokratie, den Rechtsstaat aufbauen», erklärt Juhan Parts, der 37 Jahre junge Premier Estlands, im «Magazin» des Zürcher «Tages-Anzeigers». «Das ist der richtige Weg. Keine Zölle, keine Steuern für Investoren, ein sehr transparentes Steuersystem.»

Zurück in den Westen, wo man noch Werbung machen muss für ein Ding, das in den USA erfunden wurde, und zwar von Urliberalen, die ihre Rezepte leider nur noch im neuen Osten an den Mann und die Frau bringen. Bei uns ist Nachhilfe angesagt: Es folgen jetzt drei Fragen, und auf jede dieser Fragen gibt es nur eine einzige Antwort, wobei sich die dritte Antwort von selbst ergibt. Womit klar wird: Die Flat Tax ist kein Hirngespinnst, sondern ein Konstrukt der Logik.

Erste Frage: Warum ist das jetzige Steuersystem so kompliziert? Einzig mögliche Antwort: Weil es so viele verschiedene Abzüge gibt.

Zweite Frage: Warum gibt es so viele Abzüge? Zweite einzig mögliche Antwort: Weil sich der Staat nicht getraut, seine hohen Tarife voll und ganz zu verlangen.

Letzte Frage: Warum sind die Tarife so hoch? Dritte einzig mögliche Antwort: Weil so viele Abzüge erlaubt sind, was das Ausfüllen der Steuererklärung leider so mühsam macht, wie es ist.

Am schlimmsten wirkt das System auf die Steuersubjekte persönlich. «Der sanfte Verlust der Freiheit», nennt der ehemalige deutsche Bundesrichter Paul Kirchhof sein neues Buch. «Der Steuerpflichtige taumelt in den Freiheitsverzicht, ohne dass die rechtsstaatlichen Warnsignale dieses Freiheitsverlustes aufleuchten.» Diese Warnsignale leuchten nicht auf, weil die berühmten Abzüge, die gegen oben schier grenzenlos sind, auf die reicheren Leute wirken wie einst das berühmte Gift des Sozialismus auf die ärmeren Leute. Ohne diese Abzüge würden es die Reicheren nicht aushalten. Mit diesen Abzügen scheint ihnen das jetzige System knapp erträglich.

Das heutige Steuerwesen wird damit zu einer Art Emmentaler Käse. Es hat ein paar Löcher drin, die das Ganze gerade als noch geniessbar erscheinen lassen.

Allerdings ist unser Emmentaler kein exportfähiges Erfolgsprodukt, von Löchern wird niemand satt. Um Steuern zu sparen, muss jedes Steuersubjekt etwas tun, was es sonst vermutlich nie täte. Es muss ein Haus kaufen und dieses renovieren, während sein Nachbar, der sich eine teure Wohnung mietet und einen Porsche kauft, keinen Steuerrabatt erhält. Es muss seinen Bonus, den es für ausserordentliche Leistungen kriegt, als Nachzahlungen in eine Pensionskasse stecken, während der Geschäftskollege, der mit dem Bonus-Geld eine Segeljacht postet oder es in die Softwarefirma seines Sohnes investiert, schon wieder keinen Rabatt erhält.

Nächste Frage: Warum mutieren so viele Schweizerinnen und Schweizer zu Eichhörnchen, die ihr Geld neben der ersten und der zweiten auch noch auf einer dritten Säule verstecken? Richtig, es gibt auch hier nur eine einzig mögliche Antwort. Und zu ergänzen wäre, dass diejenigen Leute, die diese dritte Säule am wenigsten nötig haben, am fleissigsten sparen, angeblich freiwillig, in Wahrheit vom Steuervogt gezwungen.

Das Resultat dieser Politik ist messbar: Zur Zeit der Pensionierung sind die Leute im Durchschnitt nicht nur reich, sondern sehr reich. Unter den über 65-Jährigen im Kanton Zürich versteuert jeder fünfte Verheiratete mehr als eine Million Franken Vermögen, jeder zweite mehr als 359 000 Franken. Je älter die Leute, um so gigantischer ihre Rücklagen: Im Kanton Solothurn versteuern die 60- bis 70-Jährigen im Schnitt 176 000 Franken Vermögen, die 70- bis 80-Jährigen im Schnitt 258 000 Franken und die über 80-Jährigen im Schnitt 299 000 Franken.

Der Basler Ökonomieprofessor Silvio Borner kommentiert: «Bei der Altersvorsorge ist die Frage absolut berechtigt, ob das schweizerische System nicht weit über das Ziel hinausgeschossen hat. Heute lebt ein Grossteil der Rentner in komfortablen finanziellen Verhältnissen, und es werden in der Mehrzahl der Fälle sogar nach der Pensionierung noch zusätzliche Ersparnisse gebildet.» Man muss hier wohl oder übel von einer «Übervorsorge» sprechen, die ihre Ursache - Wiederholung gehört zur Werbung wie der Ärger zur Steuererklärung - im Steuersystem hat.

Umgekehrt wird das jetzige Unsystem von knallharten Lobbys verteidigt. Zum Beispiel von rund 2500 Treuhänderinnen und Treuhändern in der Schweiz, die dank 26 komplexen und kantonal verschiedenen Steuersystemen gutes Geld verdienen. Oder von den wenigen grossen und vielen kleinen Banken und Versicherungen, die mit der zweiten und dritten Säule bis hin zu steuerlich privilegierten Lebensversicherungen prächtig Geld verdienen. Und daneben gibt es unzählige kleinkarierte Politikerinnen und Politiker, die in erster Linie an das Wohl der Hauseigentümer denken und deswegen grossartig gewählt werden. All diesen Leuten sei hiermit gesagt: Bitte, kämpft weiter für die Interessen eurer Leute. Aber hört endlich auf, diese Sonderinteressen mit «belebenden Impulsen und richtigen Anreizen für die Wirtschaft» zu rechtfertigen. Wie sagt es doch der deutsche Steuerrechtler Kirchhof: «Der Staat kann dem einen nur die Gunst erweisen, wenn er den anderen dafür benachteiligt - ihm mit Missgunst begegnet.»

Strahlendes Beispiel für diese unsinnige Politik ist der Kanton Baselland, der das Wohneigentum besonders stark fördert, noch stärker als alle übrigen Kantone. Das bekommen freilich auch jene 55 Prozent der Haushalte zu spüren, die kein Wohneigentum haben. In Baselland sind die Steuertarife nämlich hoch, viel höher jedenfalls als in andern, vergleichbaren Kantonen. Den Baselbieter Wohnbauförderern sei darum das Buch von Kirchhof empfohlen. Dort steht: «Die Hoffnung auf einen steuerlichen Prosperitätsantrieb beruht auf einem Trugschluss. Der Staat kann nämlich nur leistender Wohltäter sein, wenn er vorher besteuender Übeltäter gewesen ist.»

Dies ist - endlich! - der Kern dieser Kampagne: Die Steuern sind zu hoch. Die Tarife müssen runter. Der Staat soll nicht länger Übeltäter sein.

Das Rezept heisst Flat Tax. Man verlange von den Reichen lieber ein bisschen weniger. Aber man ziehe diese flachen Tarife dafür konsequent ein. Alle sollen gleich viel oder besser: alle sollen gleich wenig bezahlen. Wenn die noch arme Slowakei eine Flat Tax von 19 Prozent einführen kann, dann kann sich die noch reiche Schweiz wohl eine Flat Tax von 18 Prozent leisten. Damit die Erfolgreichen unter den Erfolgreichen hier zu Lande wissen: Der Staat nimmt etwas. Der Staat nimmt 18 Prozent vom Lohn und vom Gewinn und vom Zins und von der Dividende. Aber niemals mehr und nirgendwo mehr. 18 Prozent, das soll genügen für die Bundessteuer, die Kantons- samt der Gemeindesteuer. 18 Prozent, das ist übrigens exakt die heute gültige Steuerbelastung in Wollerau SZ, dem günstigsten Ort der Schweiz (6,5 Prozent für Kanton, Gemeinde, Bezirk, 11,5 Prozent für den Bund).

Spätestens an diesem Punkt bringen alle sozial aufgeschlossenen Leute den immer gleichen Einwand vor: Das sei doch nicht gerecht, wenn alle Leute, ob arm oder reich, gleich viel Steuern zahlen müssten. Die Antwort lautet: Ja, das wäre tatsächlich unsozial.

Selbst die beiden Erfinder der Flat Tax, die beiden US-Amerikaner Robert E. Hall und Alvin Rabushka, die ihr Buch «The Flat Tax» im Jahr 1981 herausgaben, haben einen Abzug zugelassen. Aber nur einen einzigen, für den es keinen Beleg, keine Quittung braucht. Völlig unbürokratisch darf jede Person eine Pauschale vom Einkommen abziehen. Die beiden amerikanischen Erfinder dachten an eine Pauschale von 25 000 US-Dollar für eine vierköpfige Familie. «Millionen von US-Amerikanern würden im Gegensatz zu heute gar keine Steuern mehr bezahlen», preist Alvin Rabushka seine Idee, als wäre er ein europäischer Sozialdemokrat.

Auf die Schweiz von heute übertragen, heisst das: Diese Pauschale beträgt 15 000 Franken pro Person - egal, ob diese Person einmonatig oder hundertjährig ist, verheiratet oder homosexuell. Jedes Paar mit zwei Kindern weiss damit: Die ersten 60 000 Franken sind steuerfrei. Was darüber hinausgeht, wird besteuert, zum flachen Tarif, der für alle gleich ist. Zu 18 Prozent.

Konkret heisst das:

-Eine Familie mit zwei Kindern und 60 000 Bruttoeinkommen zahlt neu null Franken Steuern. Dies im Gegensatz zu heute, wo sie gemäss den offiziellen Tabellen der Eidgenössischen Steuerverwaltung in der Stadt Zürich 2472 Franken zahlt oder gar 3720 Franken wie in Freiburg (ohne direkte Bundessteuer, sie ist hier vernachlässigbar).

Eine Familie mit 100 000 Franken Einkommen brutto zahlt neu 7200 Franken Steuern (= 18 Prozent von 40 000). Heute zahlt sie, wiederum gemäss den offiziellen Tabellen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, in der Stadt Zürich 7750 Franken, in der Stadt Bern 10 880 Franken oder in Basel 11 770 Franken (jeweils inklusive direkte Bundessteuer, die in diesem Bereich langsam einsetzt).

Eine Familie mit 1 000 000 Franken Einkommen zahlt mit der Flat Tax neu 169 200 Franken Steuern. Heute zahlt sie, wenigstens nach den offiziellen Tabellen der Eidgenössischen Steuerverwaltung, in der Stadt Zürich 336 000 Franken, in Lausanne sogar 366 000 Franken, in Zug 207 700 Franken und in Wollerau heute 166 000 Franken (immer inklusive direkte Bundessteuer, die hier natürlich einschmekt).

So weit das klassische Modell mit einem einzigen Abzug, einer Pauschale, die «unten» entlastend wirkt. Es gibt sogar Varianten, die für die Leute «ganz unten» noch attraktiver wären. Auch daran denkt unser Finanzminister Hans-Rudolf Merz: «Längerfristig möchte ich noch ganz andere Modell studieren», sagt er zur NZZ. «Etwa die Flat Tax, eine negative Einkommenssteuer oder Sozialabzüge vom Steuerbetrag.»

Was etwas kompliziert tönt, ist in Wahrheit simpel. In den USA spricht man von «Steuergutschriften», und solche sind auch in Grossbritannien bestens eingeführt. Auf die Schweiz übertragen, heisst dies etwas salopp: Jedes Kind erhält 5000 Franken bar auf die Hand. Und jede erwachsene Person erhält ebenfalls 5000 Franken bar auf die Hand, sobald diese selber ein minimales Einkommen versteuert. Nicht die Drückeberger, nicht die Alters- und Vermögensrentner sollen von Steuergutschriften profitieren, sondern die Working Poors. Also Leute, die brav arbeiten, sich aber kaum die Krankenkassenprämien leisten können.

Solche Steuergutschriften lassen sich schön mit einer Flat Tax kombinieren. Sie ersetzen dann einfach den pauschalen Abzug. Konkret sieht das so aus:

Ein Working-Poor-Paar mit drei Kindern verdient 50 000 Franken im Jahr. Es zahlt auf diese 50 000 Franken Einkommen dann 18 Prozent, also 9000 Franken. Auf der andern Seite erhalten die fünf Personen vom Staat je 5000 Franken, macht 25 000 Franken Steuergutschrift. Effektiv bleibt also 14 000 Franken im Jahr übrig - eine echte Ergänzungsleistung für Familien.

Ein Single ohne Kind kommt auf 200 000 Franken Einkommen. Er gibt 18 Prozent davon als Steuer ab,

36 000 Franken im Jahr. Aber auch dieser Single erhält seine Gutschrift von 5000 Franken, zahlt per saldo nur 31 000 Franken. Damit sinkt der effektive Steuersatz von 18 auf 15,5 Prozent.

Nun werden Sie, liebe Leserin, lieber Leser, spätestens hier kritisch: Das ist doch Hokuspokus, Bauernfängerei! Hier wird suggeriert, der Staat könne die Leute «unten» und «oben» und «in der Mitte» entlasten, ohne dass er deswegen Einnahmen verliert. Das ist billigste Reklame, diese Rechnung geht nie auf! Wenn alle weniger zahlen, muss irgendjemand mehr zahlen! Wer?

Bitte sehr, wir kommen nun zum Kleingedruckten. Das hier ist Werbung, aber moderne Werbung macht keinen Bogen um die Pfützen. Also steht hier auch in ganz normal gedruckten Buchstaben: Klar gibt es jemand, der effektiv mehr zahlen müsste als heute. Nämlich alle diejenigen, die im heutigen Emmentaler-System durch die Löcher schlüpfen. Die «Gratisbürger», die nicht nur nach Zug oder nach Ausserschwyz zügeln, sondern zudem auch noch ihre Sonderabzüge geltend machen (für Kaderpensionskassenbeiträge, Häuserrenovationen und anderes mehr). Spitzenverdiener, die «null Franken» Vermögen und «null Franken» Einkommen versteuern, dafür aber zum Glück in der Presse manchmal geoutet werden.

Zur unsozialen Wirkung dieser Steuerabzüge gibt es eine neue Studie, die das Büro Ecoplan im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung über die «Verteilung des Wohlstands in der Schweiz» erstellt hat. Erstmals wurde quasioffiziell die Differenz erhoben, die sich ergibt zwischen den Einkommen gemäss der offiziellen Einkommens- und Verbrauchserhebung des Bundesamts für Statistik einerseits und den Einkommen gemäss Steuerstatistik andererseits. Resultat: Im Schnitt sind die steuerbaren Einkommen um 21 Prozent tiefer. Bei den ärmsten 10 Prozent der Haushalte beträgt diese Differenz aber nur 10 Prozent, bei den reichsten 10 Prozent der Haushalte beträgt die Differenz jedoch 45 Prozent. Endlich ist nun auch aus wissenschaftlicher Sicht erwiesen, wer unser kompliziertes Steuersystem am stärksten austrickst: die Einkommensstärksten.

Jetzt kommt die Schlusspointe: Mit der Flat Tax werden nicht nur die Treuhänder und Berater arbeitslos, auch einige Funktionäre auf den vielen Amtsstellen. Sobald man sich daran macht, die Flat Tax in die Praxis umzusetzen, wird man überrascht sein: Man kann das jetzige Steuersystem mit allen den Paragrafenwälzern streichen, voll und ganz.

In die Lücke tritt die so genannte Quellensteuer, die, und das ist der Clou, bereits existiert. Die Flat Tax funktioniert in der Schweiz bestens, heute schon. Sie hat keinen englischen Namen, sondern eine drei Buchstaben kurze Abkürzung, die jedes Schulkind kennt: AHV. Hier werden sämtliche Lohneinkommen zu einem proportionalen Steuersatz besteuert, schön flach, schön an der Quelle. Bei den Unselbstständigen funktioniert das automatisch, bei den Selbstständigen ist das Prozedere leider etwas kompliziert, das ist nicht zu vermeiden. Aber entscheidend ist: Das ganze übrige Steuersystem wird dann abgeschafft. Es braucht nicht einmal eine Postkarte, auch keinen Bierdeckel. Es braucht überhaupt keine Steuererklärung mehr. Der Staat kann seine Einkommenssteuern einziehen wie heute die AHV.

Und was ist mit den Zinsen oder Dividenden? Auch diese Einkommen kann der Staat direkt an der Quelle abzweigen. Die Schweiz tut das heute schon, sehr effizient und weltweit beachtet: Das hiesige System der Verrechnungssteuer ist ein exportfähiges Produkt (während die berühmte neue Zinssteuer, die in der EU eingeführt wird, löchriger ist als unser berühmter Käse - aber das nur in Klammern). Sobald die Schweiz also eine Flat Tax einführt, wird die heute bestehende Verrechnungssteuer einfach und unbürokratisch weitergeführt. Statt 35 Prozent werden freilich nur 18 Prozent eingezogen, ab sofort jedoch unwiderruflich.

So löst sich der heutige Steuerdschnungel in Luft auf: Die neue Flat Tax ist eine doppelte Quellensteuer, die es bereits gibt. Und weil dieses neue System so simpel ist, lassen sich auch die mutmasslichen Einnahmen zuverlässig hochrechnen: Die heutige AHV-Lohnsumme bringt, wenn sie zu 18 Prozent versteuert wird, Einnahmen von 47 Milliarden Franken. Die heutige Verrechnungssteuer bringt, wenn man 18 Prozent unwiderruflich einzieht, gut und gerne 13 Milliarden Franken. Macht 60 Milliarden Einnahmen auf der einen Seite.

Auf der andern Seite kosten die neuen Steuergutschriften sehr viel Geld. 5000 Franken pro Kind und 5000 Franken für alle Erwerbstätigen - das ergibt rund fünf Millionen Bezüger und damit 25 Milliarden Franken Kosten. 60 Milliarden Einnahmen minus 25 Milliarden für die Steuergutschriften gleich 35 Milliarden Franken effektive Steuereinnahmen.

So weit das Modell. Und jetzt zurück zur Realität: Das heutige Unsystem der direkten Einkommenssteuer bringt im Jahr dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden insgesamt 40 Milliarden. Die neue, gerechte Flat Tax bringt also einen kleinen Verlust von fünf Milliarden, der politisch gewollt ist. Die Flat Tax soll in der Schweiz - ähnlich wie in Russland, Estland oder der Slowakei - einen Boom auslösen. Dieser Boom wird sogleich die Löhne und die Verrechnungssteuern ansteigen lassen. Das sind die beiden Quellen, von denen das Geld künftig ganz direkt dem Staat zufließt.

Und unter uns gesagt: Darüber ärgern werden wir uns trotzdem. Wir müssen ja weiterhin Steuern zahlen.

Aber wir werden wenigstens nicht mehr belästigt. Und wir wissen: Alle zahlen, alle zahlen gleich viel: 18 Prozent. Und alle bekommen gleich viel: 5000 Franken pro Kopf, bar auf die Hand. Das ist vielleicht kein Honigschlecken, aber im Vergleich zu heute ein Stück Schlaraffenland.

Literatur zum Thema

Markus Schneider: Weissbuch 2004. Weltwoche Verlag, 2003

Paul Kirchhof: Der sanfte Verlust der Freiheit. Hanser Verlag, 2004

Manfred Rose: Vom Steuerchaos zur Einfachsteuer. Schäffer-Poeschel Verlag, 2003

Michael Leysinger: Eine Flat Tax für die Schweiz! Als PDF unter <http://www.legatax.ch/flattax/flattax.pdf>

Robert E. Hall, Alvin Rabushka: The Flat Tax. 2. Auflage von 1995. Als PDF unter <http://www-hoover.stanford.edu/PRESSWEBSITE/FlatTax/contents.html>

Unter dem Titel www.flattax.ch wird demnächst eine Internetseite zum Thema eröffnet. Weitere Informationen finden sich unter www.einfachsteuer.de und unter www.markusschneider.ch.

Warum die Flat Tax sozial ist, Markus Schneider

31.08.2005, Die Welt

Es sei nicht gerecht, wenn alle Leute prozentual gleich viel Steuern bezahlen müssen, heißt es. Reflexartig verwirft das Publikum eine Flat Tax in Höhe von 25 Prozent, wie sie Paul Kirchhof für Deutschland vorschlägt und wie sie die Slowakei, 19prozentig, bereits kennt. Was steckt hinter dem Widerstand der Gegner?

Ein fataler Denkfehler. Ob der Steuertarif prozentual fixiert ist oder progressiv steigt, sagt über die Einkommens- und Vermögensverteilung in einem Land gar nichts aus. Das Maß der sozialen Umverteilung läßt sich erst im Kontext der gesamten Staatsausgaben und der gesamten Staatseinnahmen beurteilen. Sehr schön läßt sich dieser Gedanke mit einem Extrembeispiel illustrieren: Nehmen wir einmal an, in Deutschland bezahlten alle Leute, ob arm oder reich, gleich viel Prozent Steuern. Dann werfe man all diese Einnahmen in einen großen Topf - und verteile das ganze Geld gleichmäßig an jeden Einwohner, jede Einwohnerin, so daß eine jede Person eine gleich hohe Eurosumme erhält. Resultat wäre eine radikale Umverteilung zugunsten der Ärmeren - obschon alle Leute, ob arm oder reich, einen gleich hohen Euro-Betrag erhalten und alle Leute, ob arm oder reich, prozentual gleich viel zahlen. So gesehen kann eine prozentuale Steuer also "sozial gerecht" wirken; es kommt auf die näheren Umstände an.

Entscheidend ist dabei etwa, daß die Niedrigverdiener mit einem genügend hohen Freibetrag von der Steuerpflicht ganz ausgenommen bleiben.

Umgekehrt weiß kein Mensch, ob das heutige Steuersystem tatsächlich progressiv und damit "sozial gerecht" ist, wie es heißt. Es kommt auch hier auf die näheren Umstände an. Dabei fällt ins Auge: Die Tarife steigen zwar mit steigendem Einkommen steil an, aber die Politiker getrauen sich nicht, diese steigenden Tarife voll durchzusetzen. Statt dessen gewähren sie den Betroffenen - also den Reichen - unzählige Möglichkeiten für Abzüge. Diese wiederum machen das deutsche Steuersystem sehr kompliziert. Jeder Abzug muß schließlich einzeln begründet, definiert und von den Normalfällen abgegrenzt werden.

So vielfältig diese Sonderregelungen sein mögen, eine generelle Folge ist trivial: nicht das volle Einkommen, nicht der volle Gewinn wird besteuert, sondern um die jeweils zugelassenen und provozierten Abzüge reduziert, womit die Progression, wie es im Jargon der Experten heißt, "gebrochen" wird.

Manches deutet darauf hin, daß aus dem heutigen progressiven Steuersystem längst ein politisches Phantom geworden ist. In Wirklichkeit nämlich unternehmen die Besserverdiener, die von den progressiv steigenden Sätzen betroffen wären, mit Hilfe ihrer Buchhalter und Berater alles, damit sie die progressiv steigenden Sätze umgehen können.

Wie das Steuersystem insgesamt wirkt, ist völlig offen. Am Ende kann Finanzminister Hans Eichel froh sein, wenn die Spitzenverdiener Deutschlands effektiv so viele Prozente ihres Lohns abgeben wie der ganz normale Mittelstand.

Aus einer derart großen Unübersichtlichkeit gibt es rein logisch nur einen Ausweg: Man schlage den Dschungel kahl. Man verlange von den Reichen von Beginn weg lieber etwas weniger (in Prozent); aber man ziehe dieses Weniger konsequent ein (in Euro). Ohne Ausnahmen, ohne Abzüge. Das sagt nicht nur ein Theoretiker wie Paul Kirchhof, das sagen ebenso die Flat-Tax-Praktiker in der Slowakei: "Wir wollen die Erfolgreichen nicht dafür bestrafen, daß sie erfolgreich sind."

Sobald die Erfolgreichen prozentual denselben Beitrag leisten wie alle anderen, nützt das nämlich auch den weniger Erfolgreichen. Bleibt der Abgabesatz zudem tief genug, gibt es genug Erfolgreiche, die noch erfolgreicher werden wollen - und damit dem Staat neue Einnahmen bescherehen. Anschließend müssen die Politiker beim Geldverteilen nur noch darauf achten, daß die Mittel effektiv zu jenen Leuten fließen, die sie wirklich nötig haben. So erhält Deutschland eine Politik, die zugleich "sozial" ist und "gerecht".

Markus Schneider ist Ökonom und Journalist in Zürich. Er hat in seinem "Weißbuch 2004" (Weltwoche-Verlag) eine Flat Tax für die Schweiz vorgeschlagen.

Das Steuersystem der Zukunft, Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus

12. Symposium „Deutsche Fragen“ des Bundesverbandes deutscher Banken mit dem Ostdeutschen Bankenverband und der Universität Erfurt „Wachstumsorientierte Steuerpolitik – Illusion oder realistische Perspektive?“ am 27. Oktober 2004 im Barocksaal der Thüringer Staatskanzlei, Erfurt, am 27.10.2004

**Liebe Kollegen aus dem Thüringer Landtag,
sehr geehrter Herr Professor Bergsdorf,
meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Zunächst herzlichen Dank für die Einladung! Ich freue mich natürlich, dass der Bundesverband deutscher Banken wieder einmal in Erfurt ist. Und dass Sie mit den Mitveranstaltern, dem Ostdeutschen Bankenverband und der Universität Erfurt hier im Barocksaal unserer schönen Thüringer Staatskanzlei zu Gast sind.

„Wachstumsorientierte Steuerpolitik – Illusion oder realistische Perspektive?“, dieses Thema in Frageform ist vom Inhalt her einfach zu beantworten: Es gibt die wachstumsorientierte Steuerpolitik, und wir brauchen endlich in Deutschland den Mut für eine wachstumsorientierte Steuerpolitik.

Das deutsche Steuersystem ist komplex und intransparent – und hat dabei nur einen Vorteil: Es sorgt dafür, dass die Steuerberater und Finanzbeamten viel zu tun haben. Die Zahl derer, die im deutschen Steuerrecht die Orientierung verlieren, wächst von Jahr zu Jahr.

Die stetige Flut von Gesetzesänderungen haben einen „Steuerdschungel“ geschaffen, der international seinesgleichen sucht. Allein in der vergangenen Legislaturperiode sind in Deutschland 58 Steuerrechtsänderungen beschlossen worden. Mittlerweile gibt es neben den 180 Steuergesetzen 96.000 Verwaltungsvorschriften und 185 Steuerformulare zum Steuerrecht. Für die Steuerpflichtigen ist das Steuerrecht damit nicht mehr verständlich. Für Investoren – besonders für international agierende – ist es nicht marktfähig.

Das deutsche Steuersystem ist demzufolge eine Wachstumsbremse, die vor allem den Mittelstand knebelt und Investitionen und Jobs verhindert.

Und: Unser Steuersystem stellt nicht mehr die Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Steuerpflichtigen sicher: Die Steuerlast hängt zunehmend von der Rechtskenntnis des Einzelnen ab. Wer es sich leisten kann, beauftragt einen Steuerberater.

Dieser Wildwuchs steht ohne Frage nicht unter Naturschutz – und muss gelichtet werden!

Nun wird das Thema „Steuerreform“ zur Zeit wenig diskutiert. Andere Themen, wie Gesundheit, beherrschen die tagespolitische Diskussion.

Dabei gibt es angesichts der europäischen Erweiterung eine Menge Diskussions- und Handlungsbedarf genau auf diesem Feld des Steuerrechts.

Die Erweiterung der EU im Mai birgt einmalige Chancen, aber natürlich stellt sie die bisherigen und die neuen Mitglieder vor große Herausforderungen: Europa ist dynamischer geworden und damit wiegen alte Strukturprobleme nun schwerer, auch in Deutschland.

Die EU-Erweiterung hat Bewegung in den Trend zur Senkung der Körperschaftsteuersätze gebracht. Mit Steuerreformen und nominalen Niedrigsteuersätzen auf einbehaltene Gewinne haben sich die neuen Mitgliedsstaaten für den Wettbewerb gerüstet, und erste Erfahrungen beweisen: erfolgreich gerüstet.

Durch Untersuchungen, zum Beispiel des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, von Ernst & Young, des Weltwirtschaftsforums, des IFO-Instituts und vieler anderer, ergeben sich klare Befunde: Bei den Unternehmenssteuersätzen sind wir in Europa auf Platz 20 gelandet. Bei der Effizienz und Transparenz der Steuersysteme liegt Deutschland weltweit auf Platz 102.

Bei den Steuern und Sozialbeiträgen auf zusätzliche Wertschöpfung steht Deutschland mit 64,4 Prozent auf einem einsamen Spitzenplatz, zum Beispiel hinter den USA, Großbritannien, Frankreich, Dänemark und Schweden.

Noch einmal: Ein solches Steuer- und Abgabenrecht ist nicht vermarktungsfähig und entfaltet auch nicht die notwendigen ökonomischen Anreize für Investitionen, Kapital und im übrigen auch nicht für Leistung im Land.

Die Folgen sind seit Jahren ersichtlich, weil sie logisch sind. Die Wirtschaftskraft schwindet kontinuierlich, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Belastung des Staates mit Blick auf Sozialtransfers steigt demzufolge
www.thueringen.de

und die Steuereinnahmen sinken kontinuierlich. Allein in Thüringen – bei einem Neun-Milliarden-Haushalt – sind das innerhalb von drei Jahren 2,2 Milliarden Euro weniger Steuern als ursprünglich prognostiziert.

Eine sich abwärtsdrehende Spirale, ganz eindeutig, die dringend zum Stoppen gebracht werden muss. Und das geht nur durch eine mutige und umfassende Steuerreform. Die Zeit läuft gegen uns, besonders gegen die Menschen, die auf Arbeit hoffen oder die sich mit Recht vor Arbeitslosigkeit fürchten. Sie läuft aber auch gegen die Sicherung des Sozialstaates und des Wohlstandes. Der Versuch, durch die Veränderung von Lenkungssteuern – wie in den letzten Jahren von Ökosteuer und Tabaksteuer – zu Mehreinnahmen zu kommen, hat sich als Trugschluss erwiesen. Sie haben sich mit ihrer lenkenden Wirkung auch entsprechend gezeigt: Mindereinnahmen sind das Resultat.

Natürlich auch die Befürchtungen vieler Länder. Nun beginnt ein Wettrennen zwischen den Ländern um die niedrigsten Steuern. Es muss ernst genommen werden, dass am Ende die Staateinnahmen völlig wegbrechen. Das kann sich kein Land leisten.

Aber europaweite Mindeststeuersätze, so wie sie Frankreich und Deutschland fordern, zielen in die falsche Richtung.

Der Steuerwettbewerb regt Investitionen und Kapitalbildung an, ihn zu verhindern schadet geradezu dem europäischen Wirtschaftsraum.

Es hat sich gezeigt, dass in einigen Ländern Steuersenkungen zu höheren Steuereinnahmen geführt haben. Die Steuersätze wurden zwar gekappt, aber im Gegenzug wurde die steuerliche Bemessungsgrundlage erweitert – das heißt: Steuerliche Ausnahmeregelungen wurden abgeschafft und die Basis dessen, was versteuert wird, vergrößert.

Entscheidend ist: Der Staat muss die nötigen Einnahmen erhalten, ohne aber durch unsinnige Lenkungsnormen das Wirtschaftssystem zu gängeln.

Natürlich machen gewisse Harmonisierungsbestrebungen auch Sinn. Denn das deutsche Steuerrecht steht nicht im luftleeren Raum, sondern wirkt mit europäischen und internationalen Regelungen zusammen. Insbesondere die Körperschaftssteuer beruht auf steuerrechtlichen Übereinkünften, die nicht ohne weiteres national verändert werden können. Beispiele sind die Doppelbesteuerungsabkommen mit Drittstaaten.

Mittelfristig muss die Besteuerung von Körperschaften harmonisiert werden – das heißt: Wir brauchen ein gemeinsames europäisches Recht, das einheitlich regelt, wie Besteuerungsgrundlagen und Gewinne ermittelt werden. Der Steuersatz kann sich aber von Land zu Land unterscheiden.

Die Europäische Union hat mit der Europäischen Aktiengesellschaft ein Instrument geschaffen, das sich nur dann erfolgreich entwickeln kann, wenn die nationalen Steuersysteme und Gewinnermittlungsregeln aufeinander abgestimmt sind.

Es gibt nur eine Möglichkeit, sich dem Steuerwettbewerb zu stellen: eine umfassende Reform des Steuerrechts. Ich sage besser: Ein neues Steuerrecht in Deutschland zu entwickeln. Nur so können wir den Standort Deutschland zukunftsfähig gestalten!

Die Steuerreform dient vor allem einer Sache: den Menschen die Freiheit zu ökonomisch vernünftigem Handeln wiederzugeben.

Heute sieht es so aus, dass unser Steuerrecht die wirtschaftlichen Entscheidungen über die Maßen beeinflusst. Ausnahmetatbestände, Subventionsangebote und Formulierungsmängel stellen unser Steuersystem auf den Kopf, und wir müssen es wieder auf die Füße stellen!

Wir können uns buchstäblich kein kompliziertes Steuerrecht mehr leisten! Insbesondere das Einkommenssteuerrecht muss vereinfacht werden. Klare Sprache, einfache Struktur, verständlich und für alle gleichermaßen gerecht – so sieht ein zukunftsfähiges Steuerrecht aus, das dann auch wieder Einnahmen für den Staat und die öffentliche Hand sichert.

Eine alleinige Reform des Steuersystems, so sind wir uns sicher einig, bringt Deutschland nicht ausreichend voran – wir brauchen ein klares, ordnungspolitisch fundiertes Sanierungskonzept, das insgesamt die marktwirtschaftlichen Kräfte der Volkswirtschaft wieder stärkt. Wir müssen die Idee der Sozialen Marktwirtschaft zeitgemäß, das heißt, auch mit neuem Leben füllen. Und es heißt heute: Leistung muss sich wieder lohnen – für Unternehmer und für Arbeitnehmer, und das hier in Deutschland.

Dieses Sanierungskonzept beinhaltet grundlegende und umfassende Reformen über das Steuerrecht hinaus, für den Arbeitsmarkt, bei den sozialen Transfersystemen – Hartz IV geht hier in die richtige Richtung –, bei den sozialen Sicherungssystemen – sie müssen endlich abhängig von der ökonomischen

und demografischen Leistungsfähigkeit der Gesellschaft gestaltet werden – und auch bei der Revitalisierung des Föderalismus und der Trennung der Kompetenzen, damit schneller und transparenter gehandelt werden kann.

In diesem Jahr sind auf Initiative Thüringens zwei wichtige steuerliche Erleichterungen auf den Weg gebracht worden: Die erleichterte Umsatzsteuerabführung für ostdeutsche Unternehmen, die Regelung, wonach Unternehmer in den jungen Ländern bei einem Gesamtumsatz im vorangegangenen Kalenderjahr von nicht mehr als 500.000 Euro die Steuer nach tatsächlich vereinnahmten Entgelten berechnen konnten, wurde um zwei Jahre, bis zum 31. Dezember 2006, verlängert.

Das ist ein Teilerfolg, weil mit dieser Regelung die Liquidität sowie die Wachstums- und Beschäftigungsgrundlage kleinerer und mittlerer Unternehmen in den jungen Ländern gestärkt wurde. Trotzdem: Das Reformziel, eine generelle Ist-Besteuerung einzuführen, verlieren wir nicht aus dem Blick.

Und das Investitionszulagengesetz 2005: Das Gesetz, das die Förderung von gewerblichen Investitionen durch eine Investitionszulage zum Gegenstand hat, ist im März verabschiedet worden. Allerdings steht die Zustimmung der EU-Kommission noch aus. Diese kleinen Stellschrauben, die wie versuchen zu stellen, täuschen nicht darüber hinweg, dass es durch eine grundsätzliche Neubestimmung auf ein Steuerrecht, das marktfähig und damit vermarktungsfähig ist, gelingen muss, die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden in den nächsten Jahren wieder positiv zu gestalten.

Es reicht nicht darauf warten, dass die Konjunktur wie von selbst anspringt. Warum sollte sie dies? Es gibt genügend Räume im Umfeld von Deutschland, auch im Umfeld von Thüringen, wo dies geschehen kann, und der Markt, auch der Konsummarkt, wäre dadurch nicht benachteiligt.

Deshalb ist es wichtig, dass wir, wo Klarheit herrscht, auch nach dieser Klarheit handeln. Es wird Zeit, dass für die Menschen in Deutschland, für die Steuerzahler, für die Unternehmer, Klarheit bei der Steuerbelastung und im Steuerrecht geschaffen wird. Es wird Zeit, dass wir wieder mehr an die Arbeitslosen denken und dass sie nur durch Wachstum auch zu neuer Arbeit finden. Es wird Zeit, dass wir die Zukunft dieses Landes, auch im Blick auf die demografische Entwicklung, wieder mit einer dynamischen, wachstumsorientierten Sozialen Marktwirtschaft ausgestalten.

Wer nur von den Quellen lebt, hat irgendwann nichts mehr zu verteilen. Wir sollten durch ein neues Steuerrecht in Deutschland bemüht sein, die Quellen wieder zum Sprudeln zu bringen, damit wir mehr zum Verteilen haben und damit soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft gesichert bleibt.